

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXI, No. 2–2005

ALTERNATIVE ENTWICKLUNGEN IN LATEINAMERIKA

Schwerpunktredaktion:

Markus Auinger, Franziska Herdin, Johannes Jäger,
Bettina Köhler, Bernhard Leubolt, Barbara Nothegger

Mandelbaum Edition Südwind

Inhaltsverzeichnis

- 4 Einleitung: Alternative gesellschaftliche Entwicklungen in Lateinamerika heute – Konzeptionelle Aspekte
- 21 BETTINA KÖHLER
Ressourcenkonflikte in Lateinamerika
Zur Politischen Ökologie der Inwertsetzung von Wasser
- 45 MARKUS AUINGER
Demokratisierungsimpulse und Ansatzpunkte für eine Transformation des Arbeitsprozesses in Brasilien
- 64 IRMI SALZER
Der MST und sein alternatives Projekt: Die politische und gesellschaftliche Rolle der brasilianischen Landlosenbewegung
- 83 BARBARA NOTHEGGER
Die zapatistische Autonomie und Medien –
Beispiel Radio Insurgente
- 100 FRANZISKA HERDIN
Der bolivarianische Prozess in Venezuela – eine Alternative zum Neoliberalismus?
- 125 ALFREDO ALEJANDRO GUGLIANO
Demokratie als Raum für die Entwicklung einer BürgerInnenschaft
Ein Vergleich zwischen dem Partizipativen Budget von Porto Alegre und der Partizipativen Dezentralisierung von Montevideo
- 149 Rezension
- 153 Autoren und Autorinnen
- 155 Informationen für Autoren und Autorinnen

MARKUS AUINGER

**Demokratisierungsimpulse und Ansatzpunkte für eine
Transformation des Arbeitsprozesses in Brasilien**

*„Vamos a trabajar para vivir en vez de vivir para trabajar“
(Wir werden arbeiten um zu leben, anstatt zu leben um zu
arbeiten)*

EDUARDO GALEANO

1. Einleitung

Gegenwärtig haben wir es in weiten Teilen der Welt mit einer rasch voranschreitenden Veränderung der Arbeitsverhältnisse zu tun, die sich in Brasilien, wie auch andernorts, nicht nur in abstrakten Statistiken niederschlägt, sondern vor allem in den konkreten Lebensbedingungen der Menschen. Einerseits die rapide Zunahme prekärer und atypischer Beschäftigungsverhältnisse, begleitet von einem Anwachsen des informellen Sektors und der Armut und auf der anderen Seite die Etablierung eines Marktfundamentalismus, der die Rolle des Staates grundlegend veränderte, führten zu einer Erosion des sozialen Gefüges (vgl.: Becker et.al. 2003; Fischer 2003, Singer 2004a, 2004d). Die daraus entstehenden Konflikte mündeten bereits wiederholt in politische und ökonomische Krisen. In Abwesenheit einer staatlichen Instanz, die die sozialen Folgen dieser Krisen abzufedern versucht hätte, sahen sich die Betroffenen meist in die Selbsthilfe gedrängt. Argentinien und Brasilien waren beide in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren Terrain sehr vielfältiger Projekte, die sich als Alternativen zum praktizierten „Turbo-Kapitalismus“ verstanden und sind heute ein oft genanntes Beispiel, wenn das gesellschaftsverändernde Potential sozialer Bewegungen diskutiert wird (vgl. zu Argentinien etwa Colectivo Situaciones 2003, zu Brasilien beispielsweise Singer/Souza 2000 oder Mance 2003). Besetzte Fabriken, regionale und nationale Tauschkreise oder Stadtteilversammlungen entstanden, wie von den ProtagonistInnen immer wieder betont wird, meist aus dem verzweifelten Kampf um die wirtschaftliche Existenzsicherung.

Die Projekte, die anfangs meist auf lokaler Ebene als Ausweg aus den Krisen der letzten Jahre initiiert wurden, zielten dabei auf eine (Wieder-) Herstellung der demokratischen Teilhabe an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen ab, die im kapitalistischen Effizienz- und Konkurrenzdenken keinen Platz hat. Es wird sich zeigen, dass der Fokus dabei nicht nur auf einzelne, lokale Initiativen beschränkt bleibt, sondern vielmehr versucht wird, die sie umgebenden sozialen Ungleichheiten in der Neugestaltung der Gesellschaft bewusst mitzudenken. Diese Projekte werden daher oft als Aushängeschild für eine solidarische Ökonomie genannt. Das Ziel dieser Initiativen ist dabei ein relativ banales, nämlich die Ökonomie wieder in den Dienst der Menschen zu nehmen, anstatt, dem Primat der kapitalistischen Wirtschaft folgend, Arbeitskräfte als reinen Produktionsfaktor zu betrachten (vgl. Singer 1998, 2002).

Im vorliegenden Artikel stehen gesellschaftliche Auseinandersetzungen um den Arbeitsprozess in Brasilien im Zentrum einer politökonomischen Analyse. Die Vorgehensweise der Analyse berücksichtigt dabei sowohl die historische Kontinuität als auch aktuelle Entwicklungen im Zuge des Konflikts und soll damit den Prozesscharakter sowie die dahinter befindlichen Kräfteverhältnisse sichtbar machen. Es bietet sich an, zuerst eine theoretische Annäherung an den kapitalistischen Produktionsprozess und die Bedeutung der Erwerbstätigkeit für das soziale Leben auszuführen. Nachdem auf diese Weise die konflikthafte Natur des betrachteten Terrains verdeutlicht wurde, werden im Anschluss einige bedeutende historische Entwicklungen aufgezeigt, um die zurückliegenden Etappen der Auseinandersetzung zu skizzieren. Die Erweiterung der Vergangenheit um aktuelle Tendenzen soll schliesslich eine Identifikation der konkreten Demokratisierungsimpulse innerhalb des Arbeitsprozesses ermöglichen. Die Konzeption der Solidarökonomie brasilianischer Prägung und hier besonders dessen Relevanz für die betriebliche Demokratie, wird dabei den Rahmen für die Fallstudie liefern. Letztendlich soll die sich daraus ergebende Synthese aus theoretischen Konzepten, historischen Erfahrungen und betrieblicher Praxis in eine Bewertung des emanzipativen Potentials münden.

2. Theoretische Ansatzpunkte für eine Transformation des Arbeitsprozesses

Im Zuge der folgenden theoretischen Annäherung an den Arbeitsprozess an sich und im Sinne einer materialistischen Geschichtsauffassung wird „die Produktion und [...] der Austausch ihrer Produkte [als] die Grundlage aller Gesellschaftsordnung“ (Engels 1976: 76) verstanden. In Verbindung damit können soziale Auseinandersetzungen und politische Umwälzungen als Er-

gebnis des Kampfes um Gestaltung eben dieser ökonomischen Beziehungen betrachtet werden (vgl. Engels 1976: 74ff.). Die Strategien, die von diesem Standpunkt aus in der Geschichte bereits wiederholt erarbeitet wurden um den negativen sozialen Effekten des Kapitalismus Einhalt zu gewähren sind zahlreich. Ohne den Anspruch auf eine detaillierte Aufarbeitung der Ideengeschichte zu erheben, seien hier nur exemplarisch einige Strömungen erwähnt, die sich dem Arbeitsprozess unter Prämissen nähern, die auch im aktuellen brasilianischen Diskurs rund um Solidarökonomie und Selbstverwaltung als zentral gelten können. So war es nicht erst die Alternative Ökonomie der 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts, die sich intensiv mit einer solidarischen Gestaltung der Arbeitsbeziehungen beschäftigte, sondern bereits der utopische Sozialismus des beginnenden 19. Jahrhunderts sowie insbesondere der etwas später entstehende Anarchismus bzw. Anarchosyndikalismus. Im Frühsozialismus waren es vor allem Luis Blanc oder Robert Owen, im Anarchismus vor allem Pierre Joseph Proudhon, die detaillierte Konzepte im Bereich der Wirtschaftsdemokratie und des Syndikalismus erarbeiteten, auf die sich später verschiedene Projekte solidarischer Wirtschaftsformen stützen sollten. Die dort ursprünglich formulierten Vorstellungen basieren auf der Aufklärung und deren Vorstellung vom „tätigen“ Menschen, „für den Arbeit ein Mittel zur Vervollkommnung seiner Individualität ist, sowie Bestätigung seiner Gesellschaftlichkeit“ (Gubitzer 1989: 22). Die sozialen UtopistInnen wandten sich unter anderem gegen den entfremdenden und ausbeuterischen Charakter der Arbeit und betrachteten das Recht auf Arbeit als „Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit auch bei der Arbeit“ (ebd.: 30).

Neuere Publikationen nähern sich dem Thema vermehrt mit der Forderung nach einer gemeinsamen Diskussion von Arbeits- und Menschenrechten (vgl. etwa Prutsch 2000; Mahnkopf 2003; Wolf 2003; und Singer 2003, 2004a). Paul Singer (2004a) kommt beispielsweise im Zuge der Argumentation, dass es sich bei Arbeitsrechten schließlich um soziale und in letzter Instanz um Menschenrechte handle zu dem Schluss, dass nur unter ihrer ausreichenden Garantie an den Fundamenten einer demokratischen Zivilisation weitergearbeitet werden kann. Betriebliche Demokratie stellt daher aufgrund der Bedeutung des Arbeitsprozesses für die Lebensbedingungen der Bevölkerung eine notwendige Voraussetzung für die Demokratisierung weiterer gesellschaftlicher Bereiche dar. Um mit den Worten Rosa Luxemburgs zu sprechen: „Nur Demokratie schafft mehr Demokratie“ (Luxemburg zitiert nach Demirovic 1997: 63). Der revolutionäre Charakter der Solidarökonomie, deren Grundzüge im folgenden Kapitel erläutert werden, wird jedoch erst dann greifbar, wenn das ihr zugrunde liegende Konzept der Demokratie zunächst von der traditionellen bürgerlichen Version abgegrenzt wird.

Die solidarische Ökonomie versteht sich dabei als ein Projekt, das sich auf mehrere Ebenen erstreckt und nicht etwa an der Schwelle des Betriebs zur Gesamtgesellschaft stehen bleiben kann. Sie fordert damit eine Demokratisierung, die zu tatsächlicher Teilhabe an der Gesellschaft, uns somit zur Mitgestaltung des eigenen Lebensumfelds ermächtigt (vgl. zu diesem Aspekt der Demokratie Novy 2002, 2003). Die bürgerliche Demokratie erscheint im Gegensatz dazu oft in ihrer, die ökonomische Ausbeutung legitimierenden, konservativen Funktion und verhindert somit eine wahrlich emanzipative Mitgestaltung des Lebensumfeldes. Im kapitalistischen Gesellschaftsmodell scheint es vielmehr, „Wahlen, Parteien und Parlamente hätten nur die Funktion, Massenloyalität zu erzeugen, indem sie den Anschein erweckten, die beherrschte Bevölkerungsmehrheit würde tatsächlich an politischen Entscheidungen beteiligt“ (Demirovic 1997: 13). Diese Feststellung leitet zur interessanten Frage über, wie sehr Demokratie und Kapitalismus miteinander zu vereinbaren sind. Im Kapitalismus machen die Maximen der ökonomischen Effizienz und der Sicherung von Eigentum und Produktivität die LohnarbeiterInnen zum „Gegenstand der Strategien zur Abpressung von Mehrarbeit“ (Demirovic 1997: 13), während gleichzeitig die Freiheit der Individuen sich bereits in der Konsumfreiheit erschöpft. Selbst die Formen von Demokratie, die sich auf ein Minimum an Teilhabe beschränken, verlangen jedoch persönliche Freiräume, die sich in Gestalt von Mitspracherechten, Möglichkeiten zur Beteiligung, individueller und eigenständiger Meinungsbildung sowie Engagement manifestieren (vgl. Demirovic 1997: 13f.). Insofern widersprechen sich die Logiken von Kapitalismus und Demokratie zwar teilweise, ergänzen sich zugleich aber auch, wie auch Bowles und Gintis (1986) feststellen.

Zwar wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen Teilen der Welt damit begonnen, soziale und ökonomische Grundrechte abzusichern, um auf diese Weise eine demokratische Gesellschaft aufzubauen. Es wurden aber speziell seit den 1960er Jahren auch vermehrt Stimmen laut, die eine Demokratisierung einforderten, welche über das Terrain der Politik hinaus auch bisher tendenziell undemokratisch organisierte Bereiche der Gesellschaft und der Ökonomie ergreifen sollte (vgl. Novy 2003). Singer (2004a) kommt in seiner oben zitierten Analyse zu dem Schluss, dass eine Beschränkung eben dieser sozialen und ökonomischen Rechte auf Personen, die in einem (Normal-)Arbeitsverhältnis stehen, dazu führt, dass angesichts einer kontinuierlich zunehmenden Masse an Arbeitslosen und atypisch Beschäftigten diese Rechte tendenziell auf eine Minderheit beschränkt bleiben. An diese Erkenntnis knüpft er auch in seinen Publikationen zu den Prinzipien einer solidarischen Ökonomie an, indem er eine Verbindung von Leben und Arbeit fordert, die eine gemeinwesensorien-

tierte Einbettung der Produktion in das gesamtgesellschaftliche Umfeld ermöglichen soll (vgl. Singer/Souza 2000 und Mance 2003 bzw. Singer 2002). Die solidarische Gestalt der Ökonomie wird dabei als notwendige Grundvoraussetzung für die Konstruktion einer auf Gleichheit beruhenden Gesellschaft gedacht und grenzt sich dergestalt von Kapitalismus und Konkurrenz ab (vgl. Singer 2002).

3. Grundlagen der Solidarökonomie

Eines der Hauptanliegen von solidarökonomischen Konzepten muss daher in der Überwindung der wachsenden Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft liegen. Diese zunehmende Polarisierung zwischen GewinnerInnen und VerliererInnen innerhalb einer Marktwirtschaft hat ihren Ursprung unter anderem in der Konkurrenz zwischen den Wirtschaftssubjekten. Der Kapitalismus wird hier sowohl in seiner Relevanz für den Produktionsprozess als auch für die Organisation und Regulation des sozialen Raums an sich betrachtet (vgl. Singer 1998). Marktwirtschaftliche Systeme beruhen auf den Steuerungseffekten der Konkurrenz. Die positiven Wirkungen des Wettbewerbs werden dabei vor allem im Entstehen eines vielfältigen Angebots und der Auslese der effizientesten ProduzentInnen gesehen. Erfahrungswerte zeigen jedoch, dass Marktverzerrungen durch Kartelle, Oligopole, Monopole oder staatliche Eingriffe nicht völlig ausgeschaltet werden können (vgl. Varian 2001). Die sozialen Folgen der Konkurrenz werden dabei meist völlig ausgeblendet. Den VerliererInnen im Wettbewerb – etwa Unternehmen, die in Konkurs gehen und Menschen, die dadurch arbeitslos werden – wird kaum Aufmerksamkeit gewidmet. Es ist jedoch eine Tatsache, dass die kapitalistische Entwicklung stark selektiv ist und eine polarisierte Gesellschaft produziert. Diese Situation setzt sich im Wettbewerb fort, indem auf der Seite der GewinnerInnen Vorteile und auf der Seite der VerliererInnen Nachteile akkumuliert werden, die insgesamt wiederum Ungleichheiten reproduzieren und zu einer Verstärkung der Polarisierung beitragen (vgl. Singer 2002). Um der ungleichen Verteilung innerhalb der Gesellschaft entgegenzuwirken, ist es nötig, die Ökonomie auf Solidarität statt auf Konkurrenz zu gründen. Das Hauptanliegen der Wirtschaftssubjekte wäre es dann, zu kooperieren und nicht zu konkurrieren. Die Bedingungen hierfür sind unter anderem Organisationsformen, in denen der zielorientierte Zusammenschluss von Gleichen an die Stelle der vertraglichen Abhängigkeit von Ungleichen tritt (ebd.: 9). Hier sollte bereits deutlich werden, dass es sich dabei um ein Projekt mit revolutionärem Charakter (Singer 1998) handelt, da es dem Kapitalismus komplett entgegengesetzt ist und sich die Arbeitenden in

einer vollkommen anderen Situation wiederfinden. Die Trennung von Kapital und Arbeit, die als inhärentes Merkmal der kapitalistischen Produktion angesehen werden muss, wird dabei aufgehoben (vgl. Singer 2002, 2004c).

Produktivgenossenschaften können als Prototyp solcher Organisationsformen angesehen werden, da hier alle ArbeiterInnen neben ihrer ausführenden Funktion gleichberechtigte EigentümerInnen der Organisation sind und im selben Ausmaß an den Entscheidungen des Unternehmens teilhaben. Solidarisches Wirtschaften besteht dabei in der Abkehr von Privateigentum hin zu einem kollektiven Eigentum an den Produktionsmitteln. Der wesentliche Unterschied zwischen einem kapitalistischen und einem solidarischen Unternehmen liegt weiters in der Frage, wie die Administration zu gestalten sei. Während wir es in ersteren meist mit verschiedenen Formen mehr oder weniger starrer Hierarchien zu tun haben die der verrichtenden Arbeit einen fremdbestimmten Charakter geben werden in Unternehmen, die der Solidarökonomie zuzurechnen sind, unterschiedliche Modelle der Selbstverwaltung praktiziert (vgl. Singer 2002).

Die höchste Autorität innerhalb dieser Hierarchie kommt der Generalversammlung zu, in der Richtlinien erarbeitet werden, die von den mittleren und höheren Verwaltungsebenen befolgt werden müssen. Neben der Erledigung der betrieblichen Aufgaben muss sich außerdem jedes Mitglied um die allgemeinen Probleme kümmern, mit denen sich die Unternehmung als Ganzes konfrontiert sieht. Nur auf diese Weise kann eine intelligente und zielgerichtete Kooperation gewährleistet werden. Dafür ist der Informationsfluss von herausragender Bedeutung. Die größte Gefahr in selbstverwalteten Betrieben ist daher das Desinteresse der ArbeiterInnen bezüglich einer wahrhaft demokratischen Mitgestaltung der Unternehmensgeschichte. Sollten administrative Entscheidungen den partizipativen Charakter verlieren kann es passieren, dass Informationen nur mehr in ausgewählten Kreisen zirkulieren und als Folge diese Gruppe de facto die Leitung übernimmt. Andere Teile der Belegschaft nehmen nun nicht mehr an der Administration teil und akzeptieren so praktisch die Konzentration der Entscheidungsmacht in den Händen anderer. Aus diesem Grunde scheint es eine zentrale Aufgabe der Generalversammlung zu sein, das Demokratieverständnis aller ArbeiterInnen im Betrieb zu fördern (vgl. Singer 2002).

Wie wir gleich in der Fallstudie sehen werden, haben sich in Brasilien verschiedene Organisationen genau diese Schulung der ArbeiterInnen in den Prinzipien und der Methodologie der selbstverwalteten Unternehmensführung zur Aufgabe gemacht. Bevor jedoch auf den momentan in Brasilien stattfindenden Prozess einer Demokratisierung des Arbeitsprozesses eingegangen wird,

sollen zunächst die historischen Auseinandersetzungen skizziert werden. Damit soll eine Kontextualisierung der Arbeitskämpfe innerhalb des ökonomischen und sozialen Umfelds der jeweiligen Epochen ermöglicht werden.

4. Historische Kontextualisierung der Arbeitskämpfe in Brasilien

Der Großteil der heute gültigen Arbeitsrechte wurde in Brasilien, wie auch in den meisten anderen Teilen der Welt, im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts erkämpft. Die organisierte ArbeiterInnenschaft, die bereits im auslaufenden neunzehnten Jahrhundert nach und nach an Boden gegenüber den Interessen des Kapitals gewann, trat auf nationaler Ebene erstmals im Zuge des Kongresses von 1906 in Rio de Janeiro lautstark in Erscheinung. Bereits in den davor liegenden Jahrzehnten wurde jedoch mit dem Ende der Sklaverei eine entscheidende Veränderung der brasilianischen Gesellschaft eingeläutet.

Nach der Abschaffung der Sklaverei, die in Brasilien *de jure* am 13. Mai 1888 vollzogen wurde, dauerte es jedoch noch einige Zeit, bis jene tradierten sozialen Strukturen langsam aufgebrochen wurden, die das Land bereits hunderte Jahre geprägt hatten. Die aus den Zeiten der Sklaverei verbliebenen und sich nur langsam verändernden Abhängigkeitsbeziehungen zwischen LandarbeiterInnen und -eigentümern¹ blieben jedenfalls lange Zeit relevant und sind selbst für heutige Arbeitsbeziehungen noch von Bedeutung. (vgl. Prutsch 2003). Die sozialen Veränderungen im Rahmen der Platz greifenden Menschen- und Arbeitsrechte sind dabei als ein Prozess zu verstehen, der bereits 1822 im Zuge der Unabhängigkeitserklärung eingeläutet wurde. Großbritannien knüpfte damals seine Anerkennung Brasiliens an die Abschaffung der Sklaverei und folgte damit der Erklärung der europäischen Großmächte über die Abschaffung der Sklaverei auf dem Wiener Kongress von 1815 (vgl. Hofbauer 1995)². Erst 1850 wurde jedoch der Import von SklavInnen effektiv verboten und erst 1871 wurden Kinder von SklavInnen als Freie geboren (vgl. Prutsch 2003). Die eingeläutete Veränderung schlug sich jedoch nicht unmittelbar in den konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen nieder, wie Prutsch feststellt: „Der Sklavenfreibrief sowie die Abolition änderten das Leben der Sklaven meist nicht radikal, die befreiten Sklaven arbeiteten oftmals bei denselben Herren als Lohnarbeiter weiter“ (Prutsch 2003: 13; vgl. zur Analyse der Periode der Abolition etwa auch Hofbauer 1995 oder Furtado 1975: 100ff.). Letztendlich erwies „sich die Abschaffung der Sklaverei als eine mehr politische denn wirtschaftliche Maßnahme“ (Furtado 1975: 117). Während die regionale Machtbasis in großen Teilen Brasiliens erheblich erschüttert wurde hatte sie auf die Produktionsverhältnisse und die Einkommensverteilung vorerst kaum

Auswirkungen. Oliveira (1981) führt beispielsweise für den Nordosten Brasiliens aus, dass sich im Zuge der Abschaffung der Sklaverei und der Eingliederung des Landes in den globalen kapitalistischen Produktionsprozess an den Eigentumsverhältnissen selbst wenig änderte (vgl. Oliveira 1981: 60ff.). Dies setzt sich bis heute fort und macht die Forderung nach einer Agrarreform zu einer heute noch aktuellen und wichtigen Forderung der sozialen Bewegungen Brasiliens. Immer noch sind nach Angaben sowohl des MST (*Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra*) als auch der Regierung mehr als die Hälfte der Ländereien im Besitz von nur einem Prozent der LandeigentümerInnen (vgl. www.mst.org.br, www.incra.gov.br)

Der immer noch relevante Einfluss des kolonialen Herrschaftssystems auf die sozialen Beziehungen wurde zwar durch die Abschaffung der Sklaverei sukzessive zersetzt (vgl. Furtado 1975), das „Goldene Gesetz“ von 1888 kam aber schließlich zu einem Zeitpunkt, als die Sklaverei ohnehin bereits ihre ökonomische Relevanz verloren hatte, da LohnarbeiterInnen aus Europa im Zuge der massiven Einwanderungsströme bereits große Teile der landwirtschaftlichen Produktion dominierten. Schon vor der Unabhängigkeit wurde auf Initiative der Regierung mit der Gründung von Kolonien europäischer MigrantInnen und der gezielten Einwanderungsförderung begonnen (Furtado 1975: 105ff.). Von 1881 bis 1900 wanderten über 1.650.000 Menschen nach Brasilien ein, von denen der weitaus größte Teil aus Europa und hier besonders aus Italien, Spanien, Portugal und Deutschland kam (Segatto 1985: 34). Es wurde, wie bereits zuvor, hauptsächlich Kaffee für den Weltmarkt produziert, nunmehr jedoch in freier Lohnarbeit. Am Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, als sich die ArbeiterInnen verstärkt zu organisieren begannen, kam schließlich der europäischen Immigration eine besondere Rolle zu. Anarchistische und sozialistische Ansätze aus der europäischen ArbeiterInnenbewegung fanden unter den MigrantInnen rasche Verbreitung, „zumal zahlreiche Einwanderer schon in den Herkunftsländern politisch und gewerkschaftlich aktiv gewesen waren“ (Veniss 1997: 31). Auf die Entstehung der anarchistischen Gewerkschaften, die vorwiegend mittels Streiks und Sabotage ihren energischen Widerstand gegen die unwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen ausdrückten, folgte eine Periode der massiven Repression durch die Regierung. Der Generalstreik von São Paulo im Jahr 1917 kann dabei als Höhepunkt der Auseinandersetzungen bezeichnet werden (ebd.: 108). Nachdem sich die AnarchistInnen durch das brutale Vorgehen der Regierung sehr bald in einer ausweglosen Situation wieder fanden, übernahmen 1919 die KommunistInnen allmählich die Führung der Gewerkschaftsbewegung. Sie sahen sich allerdings ebenfalls kompromissloser Repression gegenüber und verloren nach

und nach wieder an Bedeutung innerhalb der ArbeiterInnenschaft. Im Vargas Regime von 1930 bis 1945 verschwanden die Gewerkschaften praktisch zur Gänze von der Bildfläche, während der Staat eine neue Rolle einnahm. Die ArbeiterInnenschaft wurde in der Folge „durch die Politik des ‚sozialen Friedens‘ unter Kontrolle gebracht, um eine uneingeschränkte Entwicklung des Industriekapitalismus zu gewährleisten“ (ebd.: 109). So wurden von der Regierung zu dieser Zeit vermehrt Zugeständnisse an die ArbeiterInnen gemacht sowie verschiedene Sozial- und Arbeitsrechte eingeräumt. In diesem Zusammenhang wären etwa gesetzliche Regelungen zu Mindestlöhnen, Urlaub und Pausen, die Einführung des Acht-Stunden-Tags und des Wahlrechts für Frauen sowie das Aufkeimen einer staatlichen Fürsorgepolitik zu nennen (vgl. Prutsch 2003). Eine Vielzahl dieser Maßnahmen stellte sich jedoch als halbherzig heraus und wird von vielen AutorInnen in erster Linie als Mittel zur Legitimation des diktatorischen Regimes Getúlio Vargas‘ betrachtet (vgl. etwa Furtado 1975; Prutsch 2003; Dedecca 2000). In Bezug auf den Arbeitsprozess muss dabei auf die unter Vargas verabschiedete *Consolidação das Leis de Trabalho* verwiesen werden, die zwar insgesamt gewisse Verbesserungen in den Arbeitsrechten mit sich brachte, aber gleichzeitig die weitgehende Kontrolle der ArbeiterInnen durch den Staat ermöglichte. Die Möglichkeiten des Widerstands gegen die kapitalistische Ausbeutung schwanden in der Folge zunehmend (vgl. Veniss 1997).

In der Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg war die kapitalistische Ökonomie von einem rapiden Aufschwung gekennzeichnet, der vielerorts mit der Etablierung von demokratischen Systemen auf Staats- und zunehmend auch auf Betriebsebene einherging. Die bürgerliche Demokratie konnte sich während dieser Periode in vielen Ländern der damals noch so bezeichneten „Ersten Welt“ etablieren, während in den Ländern der „Dritten Welt“ die Gewerkschaftsbewegung (jedoch mit erheblichen Einschränkungen im brasilianischen Fall, die weiter unten noch ausgeführt werden) mit zunehmendem Erfolg einen funktionierenden gesellschaftlichen Interessensausgleich anstrebte, der als Bedingung für eine ähnliche Entwicklung betrachtet wurde. Während in Europa zu dieser Zeit der nationale Wohlfahrtsstaat in Folge positiver Konjunkturdaten immer mehr an Bedeutung gewinnt, sehen sich die Länder Lateinamerikas jedoch weitaus schwierigeren Umfeldbedingungen gegenüber. Die Strategie der importsubstituierenden Industrialisierung, die in verschiedenen Varianten von den einzelnen Regierungen bereits seit mehreren Jahrzehnten praktiziert wurde, drohte zu scheitern. Es war versucht worden, damit die Abhängigkeit von den kapitalistischen Zentren mit Hilfe wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die einen Ausgleich der einseitig belasteten Handelsbilanz zum Ziel hatten, zu verringern. Der Staat versuchte dabei die wirtschaftliche Entwicklung der dy-

namischen Sektoren zu lenken und einen nationalen Absatzmarkt sowie eine Selbstversorgung mit Kapitalgütern zu schaffen. Evers (1977) spricht in diesem Zusammenhang aufgrund der vorwiegend von bürgerlichen Kreisen gesteuerten Modernisierung vom „bürgerlichen Entwicklungsstaat“. Dieser scheiterte jedoch zuletzt an verschiedenen internen und externen Faktoren (vgl. Boris 2001 und Becker 2002). In Brasilien, wie auch in den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern, war diese Periode von der Machtübernahme durch das Militär gekennzeichnet, die die explosive ökonomische Situation, in der sich die Gesellschaft befand, nur mit Hilfe eines ausgeprägten Autoritarismus und brutaler Repression kontrollieren konnte. Die Gewerkschaftsbewegung musste zu dieser Zeit entscheidende Rückschläge hinnehmen und verlor praktisch sämtlichen Einfluss auf die demokratische Gestaltung der Arbeitsbeziehungen. Das System der Arbeitsrechte wurde zu Gunsten der Unternehmen verändert, was als Re-Regulierung der Arbeitsbeziehungen im Sinne des privaten Sektors verbunden mit deren Exklusion aus der öffentlichen Diskussion verstanden werden muss (vgl. Dedecca 2000).

Das fordistische Produktionssystem³ tritt in weiterer Folge in den 1970er Jahren in eine massive Krise ein, die mit ansteigenden Inflationsraten und einer ungünstigen Entwicklung der Leistungsbilanz einherging. Ausgesprochen günstige Konditionen für Auslandskredite ließen die vorübergehende Verschuldung in Fremdwährung als gangbaren Ausweg erscheinen. Als jedoch die US-Regierung 1979 beschloss, die Zinssätze radikal zu erhöhen, kam es zum Ausbruch der Verschuldungskrise (vgl. Boris 2001; Becker 2002). Die Gewerkschaften waren zu dieser Zeit von einer weiteren Fragmentierung weitgehend verschont geblieben. Spätestens seit den 1980er Jahren lieferten nun aber die unter dem Druck der internationalen Finanzinstitutionen durchgeführten neoliberalen Reformen die Regulierung der Arbeitsbeziehungen den Interessen des Kapitals aus. Die fast ausschließliche Konzentration auf Währungsstabilität brachte in der Folge unter anderem einen rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit mit sich, deren Werte zum Teil mit jenen der bisher gravierendsten sozialen und ökonomischen Krisen des Kapitalismus in den 1930er Jahren vergleichbar waren (Singer 2004a; vgl. auch Becker et.al. 2003; Novy 2003). Ende der 1990er Jahre betrug das industrielle Beschäftigungsniveau schließlich nur mehr 50% der Werte von 1989 und die Gehälter waren um 30% gefallen (Dedecca 2000). Für die detaillierte Geschichte der Gewerkschaftsbewegung und nähere Informationen zu den hier nur kurz skizzierten Entwicklungen sei für Brasilien abschließend auf Veniss (1997) und für Lateinamerika allgemein auf Boris (1990) verwiesen.

5. Solidarökonomie in Brasilien heute – Transformation der Arbeitsprozesse in der Praxis

Um die gesamtgesellschaftliche Relevanz solidarischen Wirtschaftens zu verstehen ist es notwendig, den gesamten Kontext der Solidarökonomie zu betrachten. Brasilien eignet sich hier wiederum hervorragend als Fallstudie, da hier gerade in den letzten Jahren ein Aufschwung alternativer Ökonomiekonzepte festzustellen ist, der sich nicht nur an der rapide ansteigenden Zahl von Kooperativen ablesen lässt. Betriebliche Demokratie – etwa in Gestalt von landwirtschaftlichen und industriellen Kooperativen – muss dabei im Umfeld von Kreditgenossenschaften, solidarischen Netzwerken zur Realisierung von kommunalen Projekten, Partizipationsansätzen mit Bezug zur parlamentarischen Demokratie, regionalen Tauschkreisen, alternativem und fairem Handel, der Land- und HausbesetzerInnenbewegung und schließlich der Gewerkschaftsbewegung verstanden werden. Die Existenz eines alternativen Marktes, wie er etwa durch den fairen Handel ermöglicht wird, kann dabei beispielsweise in der Übergangsphase zu einer solidarischen Ökonomie stark zur Förderung von selbstverwalteten Unternehmensformen beitragen. In Verbindung mit partizipativen Ansätzen in der Budgetgestaltung bzw. allgemein der Umverteilung der Staatsfinanzen kann damit aber auch ein über den Markt hinaus gehendes Staatsprojekt entstehen, das zu einer solidarischen Gestaltung der Gesamtgesellschaft beitragen kann (vgl. Leubolt 2003). Die kapitalistische Regulation, in der sich Unternehmungen der Solidarökonomie zunächst zu rechtfertigen müssen, auszublenden, kann nur zu unzureichenden Bewertungen ihrer Bedeutung führen. Sie als autarke Inseln im Meer des Kapitalismus in ihrer gesamtgesellschaftlichen Relevanz überzubewerten ist leider ein Fehler, der nur allzu oft gemacht wird.

Bei genauerer Betrachtung fällt jedoch auf, dass die brasilianische Ökonomie bei weitem nicht zur Gänze kapitalistisch organisiert ist. Singer (2004c: 3) nimmt sogar an, dass momentan bereits mehr als die Hälfte des Arbeitsmarktes de facto nicht mehr nach klassisch kapitalistischen Prinzipien organisiert ist. So bezieht er in diese Bewertung unter sozialen Gesichtspunkten alle ArbeiterInnen mit ein, die einer (schein-)selbständigen Erwerbstätigkeit nachgehen, aber auch beispielsweise Personen, die in Landwirtschaft und Fischfang, im Kunsthandwerk oder auch als VerkäuferInnen auf lokalen Märkten tätig sind. Klar ist, dass auf dem kapitalistischen Arbeitsprozess mittlerweile ein enormer Druck lastet, der in Entwicklungs- und Schwellenländern ebenso wie etwa in den OECD Staaten zu Prekarisierung und Informalisierung der Arbeit führt. Mahnkopf (2003) fasst diese Tendenzen als „Globalisierung der Unsicherheit“

zusammen und identifiziert damit ein „politisches Projekt einer gespaltenen Modernisierung“ (Mahnkopf 2003: 69). Diese Prozesse eröffnen in Summe Räume und schaffen gleichzeitig Notwendigkeiten für alternative Konzepte zur Gestaltung des Arbeitsprozesses.

Beispiele für derartige Projekte sind in Brasilien sehr viele zu finden, wobei besonders in den letzten zehn Jahren ein sprunghafter Anstieg an Neugründungen von selbstverwalteten Betrieben registriert wurde. Um ein Beispiel zu nennen kann etwa der Zeitraum von Dezember 1999 bis 2001 angeführt werden, in dem im Rahmen eines Abkommens zur Förderung der Solidarökonomie eine sehr intensive Zusammenarbeit zwischen der ANTEAG (*Associação Nacional dos Trabalhadores Em Empresas de Autogestão e Participação Acionária* – Nationale Vereinigung der Arbeiter in Betrieben mit Selbstverwaltung und Aktienbeteiligung) und der Regierung von Rio Grande do Sul stattfand. Als Resultat kam es dabei alleine in dieser Periode im südlichsten Bundesstaat Brasiliens zu 144 Neugründungen von selbstverwalteten Betrieben, während 87 weitere sich gerade konstituierten. Im gleichen Zeitraum wurden damit 3.441 Arbeitsplätze geschaffen. (ANTEAG 2002: 7). Heute kann sich die ANTEAG auf ihre Zusammenarbeit mit 672 Betrieben berufen, die in vielen Fällen aus der Pleite in die Selbstverwaltung geführt wurden und von denen ein Großteil heute noch besteht. So konnten in den letzten zehn Jahren eigenen Angaben zufolge mehr als 32.000 Arbeitsplätze in verschiedensten Sektoren geschaffen werden (ANTEAG 2004: 11). Der Erfolg der ANTEAG in den letzten Jahren lässt sich zum Großteil auf deren sehr erfolgreiche strategische Ausrichtung zurückführen. Sie erkannte die besondere Bedeutung dreier Achsen in der Förderung selbstverwalteter Betriebe: (a) Die Schulung der ArbeiterInnen in der Methodologie selbstverwalteter Arbeitsprozesse, (b) die Strukturierung der Organisation eines selbstverwalteten Betriebs und (c) die Gestaltung der Beziehungen von solidarökonomischen Unternehmen untereinander sowie ihr Verhältnis zum Markt (vgl. ANTEAG 2004: 15). Weiters konnte sie aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen und Entstehungsgeschichte in vielen Fällen Starthilfe für zahlreiche Projekte liefern, die aus dem Konkurs eines Unternehmens entstanden. Das brasilianische Konkursgesetz, im Besonderen eine Klausel aus der Regierungszeit des populistischen Präsidenten Gétulio Vargas, kommt dabei der Bildung von Kooperativen nach dem Konkurs eines Unternehmens sehr entgegen und schafft in vielen Fällen die Möglichkeit der Aneignung der Produktionsmittel durch die ArbeiterInnen. Dem Gesetzestext entsprechend müssen aus der Konkursmasse zuerst die offenen Ansprüche der Beschäftigten beglichen werden, bevor die übrigen GläubigerInnen bedient werden (Eisenbürger 2002: 23). Obwohl sich das genaue Prozedere derartiger Prozesse natür-

lich wesentlich komplizierter und bürokratischer gestaltet als hier in der Kürze dargestellt wurden damit doch in mehreren Fällen die Überschreibungen von Betrieben an die Beschäftigten ermöglicht und somit die Bedingungen für eine selbstverwaltete Führung der Unternehmung geschaffen. Als prominentestes Beispiel wird in diesem Zusammenhang immer wieder auf die *Usina Catende* im nordöstlichen Bundesstaat Pernambuco verwiesen. In den 1940er und -50er Jahren hatte die mittlerweile bereits seit mehr als 100 Jahren bestehende Zuckerfabrik 5000 Beschäftigte und die größte Zuckerproduktion in ganz Lateinamerika. Die Fabrik wird nun seit mehr als zehn Jahren in Selbstverwaltung geführt und bietet mehr als 4000 Familien eine Einkommensquelle. Das Projekt *Harmonia Catende* entstand dabei aus der Notwendigkeit, nach dem Konkurs des Unternehmens im Jahr 1995 die Produktion und damit mehrere tausend Arbeitsplätze im ohnehin von enorm hohen Arbeitslosenraten gekennzeichneten Bundesstaat Pernambuco zu erhalten. Die Fabrik wurde in den darauf folgenden Jahren in die Selbstverwaltung übergeführt und war dabei nie als isoliertes Projekt konzipiert. Sie steht vielmehr in einem intensiven Austausch mit der Region in der sie sich befindet und trägt in Form von Projekten mit zur Ernährungssicherheit und Alphabetisierung der lokalen Bevölkerung bei (vgl. Eisenbürger 2002; Nascimento 2005; Schäfer 2005).

Parallel zum Aufschwung der Kooperativen nahm auch die institutionelle Verankerung der brasilianischen Solidarökonomie in den letzten Jahren immer mehr Gestalt an. Neben der Gründung der ANTEAG, die 1994 als Resultat des Ersten Nationalen Treffens der ArbeiterInnen in selbstverwalteten Betrieben ins Leben gerufen wurde, kann das Staatssekretariat für solidarische Ökonomie hervorgehoben werden, welches sich neben den entsprechenden Stellen der lokalen und regionalen Verwaltung in der aktuellen PT (*Partido dos Trabalhadores*- Arbeiterpartei)-Regierung der in diesem Artikel behandelten Materie annimmt. Weiters wären die Agentur für solidarische Entwicklung der Gewerkschaftszentrale CUT (*Central Única dos Trabalhadores*), die Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen in Ausland, eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen, die Kirche und die Landlosenbewegung sowie, vor allem in den südlichen Bundesstaaten Brasiliens, die Einrichtung einer Reihe von Forschungseinrichtungen zu erwähnen. Eine besonders vielversprechende Form der Institutionalisierung ist außerdem die stark wachsende Zusammenarbeit mit den Universitäten. So entstanden in den letzten Jahren, ausgehend von den Innovationswerkstätten der Unis, die sich der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft annahmen, eine Reihe von Technologischen Innovationswerkstätten für Genossenschaften (*Incubadoras Tecnológicas de Cooperativas Populares, ITCP*), die beim Aufbau einer solidarischen Öko-

nomie mithalfen. Mittlerweile hat sich ein Netzwerk an Innovationswerkstätten aus mehr als 80 Universitäten des Landes neben anderen Initiativen in der Stiftung UNITRABALHO (*Fundação Universitária de Estudos e Pesquisas sobre o Trabalho*) zusammengeschlossen, „deren Ziel es ist, die Dienste der Universitäten den Arbeitern und ihren Klassenorganisationen zur Verfügung zu stellen“ (Singer 2004d).

Im Bereich der Gesetze zu Kooperativen bestehen heute bereits zahlreiche Stellen, die sich für eine solidarische Ökonomie als förderlich erweisen, während weitere Initiativen momentan in Diskussion sind (vgl. beispielsweise Eisenbürger 2002; Mance 2003 oder Singer 2004b, 2004c). Das staatliche Kreditförderungsprogramm ist trotz des damit verbundenen bürokratischen Aufwands ebenso für viele Projekte eine erste Anlaufstelle im Zuge der Gründung von Kooperativen. Ferner gibt es auch vereinzelt regionale Programme, die schneller und mit weniger bürokratischem Aufwand Zugang zu Mikrokrediten ermöglichen (vgl. etwa Schäfer 2004; Singer 2004b, 2004c).

6. Schlussfolgerungen

Angesichts der dargestellten Fortschritte im Bereich der brasilianischen Solidarökonomie wird deutlich, dass wir es mit einem spürbaren Aufschwung alternativer ökonomischer Konzepte zu tun haben. Dieser wird nicht nur von der Regierung, sondern vor allem in Gestalt vieler Einzelinitiativen und Zusammenschlüsse auf lokaler und regionaler Ebene getragen und kontinuierlich weiter entwickelt. Die Frage, wie der Arbeitsprozess zu gestalten sei, wird damit in den gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebettet. Die Verankerung der solidarischen Ökonomie im Arbeitsministerium, an den Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen, in einer Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen, der Kirche und der Landlosenbewegung bis hin zu eigens geschaffenen Finanzierungsprogrammen zeugen von einem wachsenden Bewusstsein über die Möglichkeiten, mit diesem Ökonomiemodell den Krisen des Kapitalismus entgegenzusteuern. Wird dabei der historische Kontext im Hinterkopf behalten wird deutlich, dass die Frage der Gestaltung der Ökonomie und damit des kapitalistischen Arbeitsprozesses seit jeher ein Terrain besonders intensiver Auseinandersetzungen und gesellschaftlicher Konflikte darstellt. Die Geschichte Brasiliens zeugt von verschiedensten Impulsen innerhalb der ArbeiterInnenenschaft, die allesamt auf eine demokratische Gestaltung der Produktionsverhältnisse abzielten. Ausgehend vom Widerstand gegen die Sklaverei über die Entstehung einer Gewerkschaftsbewegung bis hin zum aktuellen Aufschwung der solidarischen Ökonomie stehen dabei Einkommens- und Besitzverhältnis-

se und somit der kapitalistische Produktionsprozess an sich im Zentrum der angestrebten Veränderung. Die aktuellen Entwicklungen finden dabei vor dem Hintergrund der Krise des Normalarbeitsverhältnisses statt, mit der Menschen an den unterschiedlichsten Orten mit „jener Grunderfahrung existentieller Unsicherheit konfrontiert [werden], die für vor-fordistische Zeiten des Kapitalismus charakteristisch war“ (Mahnkopf 2003: 68f.). Die Einbettung selbstverwalteter Betriebe in ein solidarökonomisches Konzept, das seinen Fokus in der Bekämpfung dieser Krise auf die Gesamtgesellschaft richtet, verortet die davon ausgehenden Demokratisierungsimpulse dabei in einem antikapitalistischen politischen Projekt. Indem der kapitalistischen Konkurrenz die solidarische Kooperation entgegengesetzt wird steigt die Bedeutung der persönlichen Beziehungen und der solidarischen Netzwerke, die das Kollektiv über das Individuum erheben. Im Kontext der verschiedenartigen Initiativen die daraus entstanden sind kann ein neues Staatsprojekt identifiziert werden. Mance spricht in diesem Zusammenhang von einem „neuen historischen Block“ (Mance 2003: 2), der strukturelle Transformationen zugunsten einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung anstrebt. Das Ziel dieser Veränderungen ist die Befriedigung von Bedürfnissen, die von eben dieser Mehrheit als prioritär betrachtet werden (vgl. Singer 2004b). Bedeutend ist hierbei jedoch, dass es sich nicht nur um etwas mehr als die Hälfte der brasilianischen Bevölkerung handelt, deren gemeinsame Interessensartikulation in klassischen Demokratiekonzeptionen bereits für die Legitimation der Herrschaft über den Rest der Gesellschaft ausreichen würde, sondern dass wir es mit einem erweiterten Konzept von Demokratie zu tun haben. Die Emanzipation der großen Masse der Marginalisierten und VerliererInnen im gegenwärtigen Produktionsmodell nimmt in der gemeinsamen Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbeziehungen nun konkrete Formen an.

- 1 Landeigentum in Brasilien war zu Zeiten der Sklaverei eine praktisch ausnahmslos männliche Domäne, daher wird an dieser Stelle auf die geschlechtsneutrale Bezeichnung verzichtet.
- 2 Die Gründe für die vehemente Einforderung der Abolition von Seiten Großbritanniens sind vielfältig. Hinter der moralisch soliden Oberfläche standen jedoch vorwiegend wirtschaftliche und politische Motive, die die Vormachtstellung als Seemacht, die Beeinflussung des Zuckerpreises im Sinne seiner Kolonien auf den Antillen und einseitige Privilegien im Zuge der Implementierung eines liberalen Handelssystems absichern sollten (vgl. Furtado 2003: 101)

Literatur

- ANTEAG (2002): *Economia Solidária e Autogestão como Radicalização da Democracia*. São Paulo: o.V.
- ANTEAG (2004): *Autogestão e Economia Solidária – uma nova metodologia*. São Paulo: o.V.
- Becker, Joachim (2002): Aufstieg und Fall des „Entwicklungsstaates“. In: Fischer, Karin/Hanak, Irmtraut/Parnreiter, Christof: *Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien*. Frankfurt/Wien: Brandes&Apsel/Südwind, 83-90.
- Journal für Entwicklungspolitik (2003): *Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika*. XIX, 3/2003.
- Boris, Dieter (1990): *Arbeiterbewegung in Lateinamerika*. Marburg: Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft.
- Boris, Dieter (2001): *Zur politischen Ökonomie Lateinamerikas*. Hamburg: VSA Verlag.
- Bowles, Samuel/Gintis, Herbert (1986): *Democracy and Capitalism. Property, Community, and the Contradictions of Modern Social Thought*. London: Routledge & Kegan Paul.
- COLECTIVO SITUACIONES (2003): ¡Que se vayan todos! *Krise und Widerstand in Argentinien*. Berlin: Assoziation A.
- Dedecca, Claudio (2000): *As mudanças no sistema das relações de trabalho*. In: *Diplô Brasil (2000): Globalização e Mundo do Trabalho*. Caderno de Debates do Le Monde Diplomatique, edição brasileira, 2000 (1), 4-6.
- Demirovic, Alex (1997): *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Eisenbürger, Gert (2002): *Ohne Eigentümer geht es besser. Eine von der Gewerkschaft verwaltete Zuckerfabrik im Nordosten Brasiliens*. Bonn: ILA – Informationsstelle Lateinamerika e.V., 21-26.
- Engels, Friedrich (1976): *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*. Peking: Verlag für fremdsprachige Literatur.
- Evers, Tilman (1977): *Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt. Zur Theorie des Staates in unterentwickelten Gesellschaftsformationen*. Köln/Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt.
- Furtado, Celso (1975): *Die wirtschaftliche Entwicklung Brasiliens*. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Furtado, Celso (2003): *Formação Econômica do Brasil*. São Paulo: Companhia Editora Nacional.
- Gubitzer, Luise (1989): *Geschichte der Selbstverwaltung. Materialien der AG SPAK, M 96: Reihe Selbstverwaltung*. München: AG SPAK Publikationen.
- Hofbauer, Andreas (1995): *Afro-Brasilien. Vom weißen Konzept zur schwarzen Realität; historische, politische, anthropologische Gesichtspunkte*. Wien: Promedia.

- Leubolt, Bernhard (2003): Demokratisierung als Alternative zum neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. In: Journal für Entwicklungspolitik XIX (3), 69-86.
- Mahnkopf, Birgit (2003): Zukunft der Arbeit: Globalisierung der Unsicherheit. In: Kurswechsel 2003 (3), 63-74.
- Mance, Euclides André (2003): Governo Lula e Economia Solidária – Desenvolvimento Sustentável, Geração de Trabalho e Renda e Erradicação da Fome.
- Nascimento, Claudio (2005): Do „BECO dos SAPOS” aos CANAVIAIS de CATENDE. Os ”Ciclos Longos” das Lutas Autogestionárias. Manuskript. Brasília: SENAES
- Novy, Andreas (2002): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt. Frankfurt a.M./Wien: Brandes&Apsel/Südwind.
- Novy, Andreas (2003): Der umkämpfte Wohlfahrtsstaat. In: Faschingeder, Gerald/Fischer, Karin/Jäger, Johannes/Strickner, Alexandra (Hg.): Bewegung macht Geschichte. Globale Perspektiven für Gesellschaftsveränderung. Wien: Mandelbaum Verlag.
- Oliveira, Francisco de (1981): Elegia para uma Re(l)igião: SUDENE, Nordeste. Planejamento e conflito de classes. 3. Auflage. Rio de Janeiro: Paz e Terra.
- Prutsch, Ursula (Hg. 2000): Arbeit als Machtinstrument. Soziale, ökonomische und kulturelle Auswirkungen in Lateinamerika, Atención! - Jahrbuch des Österreichischen Lateinamerika-Instituts, Bd. 3, Frankfurt a.M.: Brandes&Apsel, Wien: Südwind.
- Prutsch, Ursula (2003): Brasilien 1889-1985. Von der ersten Republik bis zum Ende der Militärdiktatur. Online- Manuskript zur Vorlesung »Brasilien 1500-2000. Eine tropische Geschichte in atlantischer Perspektive«, Uni Wien, <http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/brasilien/brasilien-titel.html>, 10.1.2005.
- Schäfer, Astrid (2004): Aus Not solidarisch. In: Jungle World 48/2004, <http://jungleworld.com/seiten/2004/47/4360.php>, 10.1.2005.
- Schäfer, Astrid (2005): Solidarisch Nähen. In: Jungle World 3/2005, <http://jungleworld.com/seiten/2005/03/4705.php>, 21.1.2005.
- Segatto, José Antônio (1985): História do movimento sindical no Brasil 1870-1930, São Paulo.
- Singer, Paul (1998): Uma utopia militante. Repensando o socialismo. Petrópolis, RJ: Vozes.
- Singer, Paul (2002): Introdução à Economia Solidária. São Paulo: Editora Fundação Perseu Abramo.
- Singer, Paul (2003): Cooperativas de Trabalho. Texto para discussão, Ministério do Trabalho e Emprego, http://www.mte.gov.br/Empregador/EconomiaSolidaria/TextosDiscussao/Conteudo/COOPERATIVAS%20DE%20TRABALHO%20_2.pdf, 10.1.2005.

- Singer, Paul (2004a): Em Defesa dos Direitos dos Trabalhadores. Texto para discussão, Ministério do Trabalho e Emprego, http://www.mte.gov.br/Empregador/EconomiaSolidaria/TextosDiscussao/Conteudo/DEFESA_DIREITO_TRABALHADORES.pdf, 10.1.2005.
- Singer, Paul (2004b): Desenvolvimento capitalista e Desenvolvimento solidário. In: Estudos Avançados 18 (51)/2004. São Paulo: Instituto de Estudos Avançados da USP, <http://www.scielo.br/pdf/ea/v18n51/a01v1851.pdf>, 10.1.2005.
- Singer, Paul (2004c): Economia Solidária. Interview von Renato Rovai und Anselmo Massad am 7.12.2004. http://brazil-brasil.com/index2.php?option=content&do_pdf=1&id=259, 10.1.2005.
- Singer, Paul (2004d): Solidarische Ökonomie in Brasilien heute. Eine vorläufige Bilanz. In: Kurswechsel 2004 (4) 89-101.
- Singer, Paul/SOUZA, André Ricardo de (2000): A Economia Solidária no Brasil. A Autogestão como Resposta ao Desemprego. São Paulo: Contexto.
- Varian, Hal R. (2001): Grundzüge der Mikroökonomik. München, Wien: Oldenbourg.
- Veniss, Patricia (1997): Wurzeln der Gewerkschaftsbewegung in Brasilien. Wien: WU-Wien. Diplomarbeit.
- Wolf, Harald (2003): Befreiung der Arbeit als kapitalistisches Projekt? In: Kurswechsel 2003 (3), 101-110.

Abstracts

Im vorliegenden Artikel stehen gesellschaftliche Auseinandersetzungen um den Arbeitsprozess in Brasilien im Zentrum einer politökonomischen Analyse. Die Vorgehensweise der Analyse berücksichtigt dabei sowohl die historische Kontinuität als auch aktuelle Entwicklungen im Zuge des Konflikts und soll damit den Prozesscharakter sowie die dahinter befindlichen Kräfteverhältnisse sichtbar machen. Mittels einer theoretischen Annäherung an den kapitalistischen Produktionsprozess und der historischen Analyse sollen dabei konkrete Demokratisierungsimpulse im Bezug auf die Regulierung der Arbeitsbeziehungen identifiziert werden. Aktuelle Beispiele praktizierter betrieblicher Demokratie und deren institutionelles Umfeld werden dabei den Rahmen für die Fallstudie liefern und das emanzipative Potential der Solidarökonomie verdeutlichen.

The article discusses social conflicts in a politico-economical context, focusing on the working process in Brazil. The analysis proceeds while taking into account the historical continuity as well as recent developments in the course of the conflict, and thereby shows the process itself as well as the forces behind it. By means of a theoretical approximation to the process of capitalist produc-

tion and the historical analysis, impulses of democratization regarding the organization of work relations are to be identified. Recent examples for practiced democracy on an enterprise level, as well as their institutional surroundings will supply the framework for the case study and will clarify the emancipatory potential of solidarity economics.

Markus Auinger,
Liniengasse 52/17
1060 Wien
markusauinger@yahoo.de